

# Wahlkampf, Antikommunismus und Antisemitismus

Ein Gespenst geht um in Deutschland ... zumindest wenn man dem Gezeter von CDU/CSU Glauben schenkt. Im diesjährigen (Vor-)Wahlkampf soll diesem Gespenst des Kommunismus mittels einer "Rote-Hände"-Kampagne der Garaus gemacht werden. Gleichzeitig nutzen CDU und CSU diese Kampagne dazu, der Bevölkerung in Ostdeutschland zum wiederholten Male Nachhilfe in Sachen bürgerlicher Demokratie zu erteilen: Wer fast 10 Jahre nach der "Wiedervereinigung" sein Kreuzchen immer noch an der falschen Stelle macht, muß damit rechnen, daß der sogenannte demokratische Westen den Geldhahn zudreht. Mit dieser Hetze gegen die vermeintlich kommunistische PDS (und ihre potentiellen WählerInnen) wird das Klima einer präventiven Hexenjagd gegen die gesamte Linke und Arbeiterbewegung erzeugt. Ungeschminkt wird der Antikommunismus schwarz-rot-gold gefärbt und ganz nationalistisch warnt die CDU in ihrer "Rote-Hände"-Kampagne: "Aufpassen Deutschland!". Das klingt nicht nur nach "Deutschland erwache!" und bietet daher eine ideale politische Vorlage für alle rechten und faschistischen Organisationen.

Am 17. Juni, der jahrzehntelang von der Bourgeoisie als nationalistisch-antikommunistischer Feiertag zelebriert wurde, wollten die Republikaner die Hetzreden der CDU-Größen gegen PDS und Gysi auf der Straße umsetzen. Für diesen Tag hatte die "Demokratische Linke Wülfrath" (DLW), die fünf Abgeordnete im dortigen Stadtrat stellt, Gregor Gysi zu öffentlichen Veranstaltungen eingeladen. In einem "Aufruf an alle Patrioten" mobilisierten die Reps für eine Demonstration, die direkt am Veranstaltungsort mit Gysi vorbeiziehen sollte.

Diese Kampfansage gegen die PDS unterstützte das CDU-Mitglied Willi Münch im örtlichen Anzeiger "Super-Tip" mit einer Karikatur, die offen Antikommunismus und Antisemitismus verquikt: Gregor Gysi, so dargestellt wie sich die Nazi-Rassenlehre "den Juden" vorstellt, steht einem Vertreter der DLW gegenüber, der Hammer und Sichel in den Händen haltend auf die Frage, was er damit wolle, antwortet "Politik machen". Gezielt wird so das Bild der "jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung" bemüht. Es gab Hinweise, nach denen auch das Auftreten von Faschisten aus der Umgebung zu befürchten war. Die ultrarechte Wahlpartei "Die Republikaner" entsprach mit ihrem

Aufruf ganz ihrer Rolle im Übergangsfeld zwischen Rechtskonservativen und Faschisten.

## Rep-Provokation gegen Gysi verhindert

Als KommunistInnen treten wir für die entschlossene Verteidigung aller Organisationen der Arbeiterbewegung und Linken gegen staatliche Unterdrückung und rechten Terror ein. Die PDS und besonders Gysi mußten über organisatorische und politische Unterschiede hinweg durch die Arbeiterbewegung und Linke verteidigt werden. Ein rechter Aufmarsch mußte verhindert werden. PDS und VVN Wuppertal forderten: "Die Neonazis dürfen nicht durchkommen, nicht in Wülfrath und nicht anderswo. Helft mit, die Wülfrather Innenstadt für die Rechtsextremen zu blockieren!" Dem Aufruf zu einer antifaschistischen Demonstration in der Wülfrather Innenstadt schlossen sich die örtlichen Gewerkschaften über die lokalen Medien an. Die antifaschistische Kundgebung am Wülfrather Heumarkt zog insgesamt ca. 800 TeilnehmerInnen an. Offensichtlich waren die OrganisatorInnen jedoch nicht gewillt, den ultrarechten und faschistischen Demonstranten dort entgegenzutreten, wo sie nach dem Willen der Polizei aufmarschieren sollten. Der reformistische Antifaschismus beschränkte sich - erwartungsgemäß und entgegen dem eigenen Aufruf - auf eine Protestkundgebung einige hundert Meter vom Treffpunkt der Rechten entfernt. Ca. 300 DemonstrantInnen, darunter autonome Antifas, Jugendliche verschiedener Nationalitäten und ArbeiterInnen aus der Gegend sowie UnterstützerInnen der Gruppe Spartakus, lösten sich von der Protestkundgebung, um den Aufmarsch der Republikaner zu verhindern, der von der Polizei geschützt werden sollte.

Der polizeilich abgeriegelte Treffpunkt der Republikaner wurde regelrecht belagert. Lediglich 10 bis 15 rechte Demonstranten tauchten aus Seiteneingängen auf, zogen sich aber nach relativ kurzer Zeit wieder zurück, andere zogen es vor, sich gar nicht erst öffentlich zu zeigen und eine weitere Gruppe rettete sich in die Arme der Polizei.

## Wülfrath: Ein warnendes Signal

Ermuntert durch die Hetztiraden bürgerlicher DemokratInnen wendet sich der rechte Terror offener gegen den inneren Klassenfeind: die Organisationen der Arbeiterbewegung und Linken. In bedrohlicher Weise bilden dabei Antisemitismus und Antikommunismus ein ideologisches Bindeglied zwischen Konservativen und Faschisten. Arbeiterbewegung und Linke müssen die Organisationen der extremen Rechten und der Faschisten zerschlagen. Dies erfordert die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Faschisten und alle Formen besonderer Unterdrückung von Juden und Jüdinnen, ImmigrantInnen, Frauen, Schwulen und Lesben. Die Faschisten können nur zerschlagen werden, wenn ihr Nährboden, die kapitalistische Herrschaft, zerschlagen wird. Der Aufbau gewerkschaftlich organisierter Selbstverteidigungsgruppen ist ein Mittel, um alle Unterdrückten um die Achse des Klassenkampfes gegen den faschistischen und rassistischen Terror zu organisieren. Eine solche dringend nötige Verteidigungsmaßnahme ist zugleich eine zentrale Lösung für die revolutionäre Mobilisierung der ArbeiterInnen gegen ihre reformistischen Irreführer und Abwiegler. ■

## Leninismus gegen Stalinismus

(Lehren der deutschen Katastrophe 1933)

Zusammengestellt von Oskar Fischer  
mit einem Vorwort von Leo Trotzki

DIN A5, 31 Seiten  
DM 4,- (inkl. Porto)  
(in Briefmarken  
beilegen)

Zu beziehen über die  
Redaktionsanschrift

